



Justizminister  
Buschmann:  
„Der Staat muss  
digitaler werden.“

Handelsblatt GovTech-Gipfel

## Buschmanns Rezept für den Kampf um Talente

Der Bundesjustizminister fordert auf dem GovTech-Gipfel des Handelsblatts die konsequente Digitalisierung von Behörden und Unternehmen.

Dietmar Neurer Berlin

**B**undesjustizminister Marco Buschmann (FDP) hat an Führungskräfte appelliert, sich stärker für die Digitalisierung einzusetzen und dabei die Vorteile für die Beschäftigten in den Vordergrund zu rücken. Es bringe nichts, „mit heruntergelassenen Mundwinkeln“ von der Digitalisierung als reinem „Modetrend“ zu sprechen, sagte Buschmann auf dem GovTech-Gipfel des Handelsblatts am Dienstag in Berlin. In Wahrheit gehe es darum, durch Digitalisierung das Leben der Leute besser zu machen, erklärte der 45-Jährige. Niemand solle angesichts eines weltweiten Kampfs um Talente bei einem gleichzeitigen Schrumpfen der Belegschaften im Burn-out landen. Denn die Aufgaben würden nicht weniger, sagte der Minister. Daher komme man nicht umhin, so Buschmann wörtlich, „sich von Scheißdeck zu trennen“.

„Deshalb ist Digitalisierung etwas, das wir nicht als Belastung empfinden sollten“, unterstrich der gebürtige Gelsenkirchener. Dadurch würde die Arbeit vielmehr angenehmer und interessanter, „weil wir uns von Scheißdeck trennen, das macht der Computer“.

Der Minister, der Rechtswissenschaften in Bonn studiert und bis 2009 als Anwalt in Düsseldorf gearbeitet hat, trat der oft geäußerten Sorge entgegen, durch die zunehmende Digitalisierung würde irgendwann die Arbeit ausgehen. Das werde nicht passieren.

Auch der Staat müsse digitaler werden. Buschmann verwies auf Fortschritte in seinem Ministerium. Als er ins Amt gekommen sei, habe er eine zu „100 Prozent papiergetriebene Behörde vorgefunden“, sagte er. Inzwi-

schen sei das Ministerium komplett auf E-Akte umgestellt und könne ohne Papier auskommen. „Sie merken schon, Digitalisierung ist für mich mehr als ein Punkt auf einem Sprechzettel“, so Buschmann. Auch deshalb hilft nun sein Haus anderen Ministerien bei der Einführung der elektronischen Verwaltungsakte.

Buschmann sieht auch den Justizbereich in Sachen Digitalisierung auf einem guten Weg – auch wenn es hier und da noch nicht rundlaufe. Die Einführung des sogenannten elektronischen Anwaltspostfachs zum Beispiel sei ein „totales Horrorprojekt“ gewesen, erklärte der Minister. Das Postfach ist eine Art E-Mail-Programm mit geschlossenem Nutzerkreis, über das vor allem Gerichte und Anwälte kommunizieren. Das Projekt sei so etwas wie der „BER der Anwaltschaft“ gewesen und habe häufig nicht funktioniert. Buschmann war bei diesem Vorhaben noch nicht Justizminister.

### Buschmann will Zivilverfahren digitalisieren

Doch auch er musste in seinem Amt schon Kritik einstecken. „Wir hatten vor ein paar Monaten eine ganz schwierige Situation mit den Landesjustizministern“, sagte Buschmann. „Sie haben mich alle gemeinsam beschimpft.“ Anlass für den Disput war, dass Buschmann den Ländern für die kommenden Jahre 200 Millionen Euro für Projekte zur Digitalisierung ihrer Justizbehörden in Aussicht gestellt hatte. Weitere Mittel – etwa für zusätzliche Stellen – waren jedoch nicht Teil des Angebots.

Aus Sicht der Länder war das nicht ausreichend. Sie verlangten von der Koalition aus SPD, Grünen und FDP, den im Koalitionsvertrag zugesagten

„Rechtsstaatspakt 2.0.“ ohne Abstriche umzusetzen. Der Streit zog sich monatelang hin. Ende März verständigte man sich auf eine gemeinsame Strategie für die Digitalisierung der Justiz.

Buschmann sprach von einem „reinigenden Gewitter“ und zeigte sich zufrieden, dass das Thema nun „Chefsache“ sei und einmal im Jahr auf der Justizministerkonferenz von Bund und Ländern einen Schwerpunkt bilde.

Der Minister sieht auch den sogenannten „Digitalcheck“ als wichtige Maßnahme. Der führt dazu, dass bei neuen Gesetzentwürfen und Verordnungen der Bundesregierung automatisch geschaut wird, ob bei dem jeweiligen Vorhaben eine digitale Umsetzung mitbedacht wurde.

Für einen bedeutenden Digitalisierungsschritt hält der Minister auch die Möglichkeit, eine Hauptversammlung ohne persönliche Anwesenheit der Aktionäre abzuhalten. Dieses Format wurde zu Beginn der Coronapandemie eingeführt. Die jährlichen Aktionärsversammlungen, bei denen üblicherweise Tausende Menschen zusammenkommen, um über die Dividendenausschüttung, Kapitalmaßnahmen und die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat abzustimmen, dürfen online stattfinden. Im vergangenen Sommer machte der Bundestag die Sonderregelung dann mit gewissen Änderungen dauerhaft möglich.

Buschmann will auch den Zivilprozess digitalisieren. Mit spezieller Konferenztechnik sollen künftig Videoverhandlungen sowie Videobeweisaufnahmen und damit eine schnellere und kostengünstigere Verfahrensführung ermöglicht werden. Buschmann sieht darin einen wichtigen Beitrag zu der angestrebten Modernisierung und Digitalisierung der Justiz.



IMAGO/ITAR-TASS

US-Journalist Gershkovich: Untersuchungshaft bis Ende Mai.

## Evan Gershkovich US-Journalist scheitert mit Haftbeschwerde

**Moskau.** Der wegen angeblicher Spionage in Russland festgenommene US-Journalist Evan Gershkovich ist mit einer Beschwerde gegen seine Inhaftierung vor Gericht gescheitert. Das Stadtgericht in Moskau lehnte am Dienstag den Antrag der Verteidigung, den Korrespondenten der US-Zeitung „Wall Street Journal“ auf freien Fuß zu setzen, ab. Es bestätigte die zunächst bis zum 29. Mai angesetzte Untersuchungshaft, meldete die Nachrichtenagentur Interfax. Gershkovichs Anwältin sagte, der 32-Jährige weise die Anschuldigungen von sich. Am Montag hatte US-Botschafterin Lynne Tracy den Reporter erstmals seit der Festnahme im berüchtigten Lefortow-Gefängnis in Moskau besucht. „Er fühlt sich gut und bleibt stark“, teilte die Diplomatin mit.

Der Korrespondent wurde Ende März in Jekaterinburg vom russischen Geheimdienst FSB festgenommen. Laut FSB soll er geheime Informationen für US-Stellen gesammelt haben. Das „Wall Street Journal“ hatte betont, dass Gershkovich mit seiner Akkreditierung des russischen Außenministeriums seiner journalistischen Arbeit nachgegangen sei. Bei einer Verurteilung drohen dem Mann mit russischen Wurzeln bis zu 20 Jahre Haft. dpa

Nicolás Maduro

## Venezuelas Präsident Maduro beginnt neue TV-Show

**Caracas.** Venezuelas autoritär regierender Staatschef Nicolás Maduro hat eine neue wöchentliche Fernsehshow mit ihm als Moderator gestartet. Es beginne damit eine neue Etappe der Kommunikation und der „ideologischen und ethischen Revolution“, sagte er bei der Premiere der etwa zweistündigen Sendung „Con Maduro +“ am Montagabend (Ortszeit) im staatlichen Sender VTV.

Der 60-Jährige stellte auch eine mit Künstlicher Intelligenz geschaffene Co-Moderatorin namens „Sira“ vor, laut Medienberichten eine Anspielung auf Apples Sprachassistentensoftware Siri. Die Opposition wirft ihm vor, Staatsmedien für Propagandazwecke zu missbrauchen. dpa



Bloomberg

Nicolás Maduro: Der venezolanische Staatschef will seine Macht auch durch Medienpräsenz zementieren.